

Grün-Rot beschließt Ganztagsschulgesetz

Landtag Die Regierung fördert den Ausbau aller Angebote an den Grundschulen künftig mit Lehrerstellen. *Von Renate Allgöwer*

Die Ganztagsschulen in Baden-Württemberg haben einen neuen Status. Jahrzehntelang firmierten sie als Schulversuch. Am Mittwoch hat die Parlamentsmehrheit von Grünen und SPD die Ganztagsschulen an Grundschulen im Schulgesetz verankert. Vom kommenden Schuljahr an können die 2500 Grundschulen im Land, wenn sie sich für den Ganztagsbetrieb entscheiden, diesen verbindlich für alle Schüler festlegen oder als Wahlform anbieten. Bei Letzterer können die Schüler wählen, ob sie am Ganztagsbetrieb teilnehmen oder nicht. An kleinen Schulen, die keine Ganztagsklassen bilden können, sind klassen- oder jahrgangsübergreifende Ganztagsgruppen möglich.

Die Schulkonferenz muss der Einrichtung einer Ganztagsschule zustimmen. In diesem Gremium sind Schulleitung, Lehrer und Eltern vertreten.

Die Landesregierung unterstützt beide Varianten, die verbindliche und die Wahlform, in Zukunft mit Lehrerstellen. Der Ganztagsbetrieb ist an drei oder an vier Tagen in der Woche mit jeweils sieben oder acht Stunden vorgesehen. Je nach zeitlichem Angebot gibt es bis zu zwölf Lehrerstunden pro Woche. Die Landesregierung geht von einem schrittweisen Ausbau des Ganztagsbetriebs an den Grundschulen aus. Sollten 70 Prozent der Grundschulen umstellen und die Hälfte der Schüler am Ganztagsbetrieb teilnehmen, würde das nach Regierungsangaben jährlich 147 Millionen Euro kosten.

Laut Kultusminister Andreas Stoch (SPD) hat der Südwesten großen Nachholbedarf beim Ganztagsangebot an Grundschulen. Gegenwärtig seien nur 15 Prozent der Grundschulen im Land auf die Ganztagsbetreuung ausgerichtet. Der jüngsten Bertelsmann-Studie zufolge besuchen lediglich 18,9 Prozent der baden-württembergischen Schüler eine Ganztagsschule. Damit liegt der Südwesten auf dem vorletzten Platz der Bundesländer. Der bundesweite Durchschnitt beträgt 32 Prozent.

Die Kosten der Ganztagsschule tragen neben dem Land die Städte und Gemeinden. Das Gesetz war nach langwierigen Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden zustande gekommen. Der Präsident des Gemeindetags, Roger Kehle, würdigte am Mittwoch die Verankerung der Ganztagsschule im Gesetz als „notwendigen und wichtigen Fortschritt im Bildungsbereich“. Für die Kommunen sei es besonders wichtig, den unterschiedlichen Gegebenheiten vor Ort gerecht werden zu können. „Nicht alle Eltern wünschen sich die gleichen Bildungsangebote, deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, möglichst viel Flexibilität vor Ort zu belassen“, betonte Kehle. Der oppositionellen CDU geht die Flexibilität nicht weit genug. Sie verlangte, dass Eltern auch die Möglichkeit haben müssten, das Ganztagsangebot nur an einem oder an zwei Tagen zu nutzen. Stoch hielt der CDU entgegen, sie suche „krampfhaft ein Haar in der Suppe“.

- Streit über Qualität und Flexibilität SEITE 5

Mehr Klassen für Flüchtlingskinder

In Stuttgart werden zum neuen Schuljahr 72 sogenannte Internationale Vorbereitungsklassen eingerichtet, das sind doppelt so viele wie bisher. Damit reagiert das Staatliche Schulamt auf die steigende Zahl an Flüchtlingen und anderen Zuwanderern. Die Vorbereitungsklassen dienen dazu, Deutschkenntnisse zu vermitteln und den Migranten damit den Übergang in die regulären Klassen zu erleichtern. Angesiedelt sind sie an Grundschulen sowie an Haupt- und Werkrealschulen. Das Land kündigte angesichts der steigenden Zahl an Zuwanderern an, die Deputate für die Internationalen Vorbereitungsklassen zu erhöhen. Details sollen in den kommenden Tagen bekanntgegeben werden. *höf*
- Stadt verdoppelt Zuwandererklassen SEITE 17

